

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847

80 (6.10.1847)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das halbe Jahr vom 1. Juli bis 30. Dezember 1847 im Umfang des Großherzogthums 1 fl. 24 kr. durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

Die Rundschau.

N^o 80.

Karlsruhe, Mittwoch den 6. October

1847.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 kr. für den Raum der dreispaltigen Petitzeile berechnet.

Karlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei G. Hoff.

(Der Sonderbund.) In Schwyz ist die Kantonsgemeinde über die Frage, ob dem Volkzuge des Tagsatzungsbeschlusses für die Auflösung des Sonderbundes gewaltsamer Widerstand geleistet werden soll, den 26. September am Rothenthurm abgehalten worden. In Uri und Zug sind die Landsgemeinden auf den ersten Sonntag im October (3.) berufen. Die Schwyzer zeigten sich auf die Vorschläge ihres Landammans Abyberg zum Widerstand bereit. Die Urner werden ohne Zweifel diesem Beispiele folgen; in Zug dagegen, welches dem Einflusse von Zürich theilweise zugänglich ist, wird vermuthlich eine starke Opposition gegen den bewaffneten Widerstand auftreten. Selbst in Schwyz, wo doch seit dem Streit der Hörner und Klauen die Gegenpartei der demaligen Machthaber stark eingeschüchtert war, und die große Prügerei, deren Opfer sie vor zehn Jahren am Rothenthurm geworden, noch nicht vergessen hat, selbst in Schwyz wurden Anträge gegen den Sonderbund, so wie zur Vermittelung des Streites gestellt, und von einer nicht unbedeutenden Minderheit unterstützt. Benziger und Landammann Gyr von Einsiedeln waren es, welche gegen Abyberg und seine mit Knütteln bewaffneten Anhänger aufzutreten wagten, und Hunderte stimmten ihnen bei, obgleich sie gegen die behörte Ueberzahl nicht aufkommen konnten. Es handelte sich darum, sagte Abyberg dem Volke, dem jeder Weg besserer Belehrung abgeschnitten ist, ob das Volk das Joch der politisch religiösen Knechtschaft, das ihm von den Protestanten aufgelegt werden wolle, zu tragen Willens sei, oder nicht. Den Beschluß der Tagsatzung, eine Verbindung zu offenem Widerstande gegen die Eidgenossenschaft nicht zu dulden, nannte er ein Ungeheuer, das in dem Innern der Schweiz wüthete, und um dem Hasse des Volkes, den gegen Eidgenossen zu entflammen schwer gehalten hätte, eine angenehmere Nahrung zu geben, stellte er deutsche Professoren, ausgepeitschte Flüchtlinge und Zeitungs-schreiber als die Urheber und Beförderer der Bewegung gegen das jesuitische Treiben dar. Also auch dort, am Fuße der Mythen, der Deutschenhaß und die Anklage gegen die „schlechte Presse.“ Und von wem? Aus dem Munde eines Lohnsoldaten, der seine Person in fremde Dienste vermietet hatte, und in seinem Vaterlande wiederum im Dienste fremder Interessen steht; der im Jahre 1833 bei seinem abenteuerlichen Zuge nach Rüksnacht von den Eidgenossen heimgepeitscht wurde, und obgleich die Waffen sein Handwerk sind, doch nicht den Muth hatte, seinem Gegner Ochsenbein mit den Waffen entgegen zu treten. Von einem solchen Menschen geschmäht zu werden, mag der Deutsche sich zur Ehre rechnen, so wie es den deutschen Geist ehrt, daß er überall als Träger der Bildung und des Fortschrittes gilt, und darum von den Handlangern jesuitischer Volksverdummung und geistiger Verknechtung am glühendsten gehaßt wird.

In Luzern soll das Volk nun auch berufen werden, um über die Sonderbundsfrage abzustimmen, und nach der Verfassung wird bei Verträgen seine Zustimmung gefordert. Man weiß dort, daß den fanatischen Bezirken eine durch Zahl und Bedeutung starke eidgenössisch gestimmte Minderheit gegenüber steht; daher das lange Bedenken, welches wohl nur durch das Vertrauen auf erprobte Einschüchterungsmittel überwunden ward. Wenn die am 18. October zusammentretende Tagsatzung, wie kaum mehr zu bezweifeln ist, die Execution gegen den Sonderbund beschließt, so wird, um der Absendung eidgenössischer Boten Nachdruck zu geben, der Auszug (das Bundescontingent) aufgeboten werden, der in den 12^{1/2} Ständen gegen 54,000 Mann beträgt; vielleicht wird auch noch ein Theil der Landwehr marschfertig gemacht. Es wird sich dann zeigen, was die Prahlereien eines Abyberg werth sind. Im Kanton Waadt, dessen militärische Einrichtungen zu den besten in der Schweiz gehören, wird die ganze männliche Bevölkerung vom siebzehnten bis zum sechzigsten Jahre unter die Waffen gerufen, und dem Volke die Gründe in einer Proclamation vorgetragen. Die bereitwillige Folge auf den Ruf der Regierung ist unstreitig die beste Antwort, welche das Volk auf die Frage, ob der Tagsatzungsbeschuß vom 20. Juli vollzogen werden soll, geben kann. Es ist möglich, daß mehrere liberale Kantone ebenfalls zu einer Volksabstimmung schreiten, und daß Bern mit dem Beispiel vorangieng. — Die fremden Gesandten waren vor Kurzem in Luzern und begaben sich dann nach Zürich; die Schritte, welche sie zur Verhütung des Neusehens gethan haben mögen, scheinen ohne Erfolg gewesen zu sein; es wird überhaupt eine entscheidende Wendung nicht vor dem Zusammentritt der Tagsatzung zu erwarten sein. Ein französisches Berner Blatt, die Helvetie, meldet, daß Oestreich von der Tessiner Regierung die Munition zurück verlange, welche aus der Citadelle von Mailand den Sonderbündlern zugeführt werden sollte, aber in Tessin angehalten wurde; im Weigerungsfalle würden österreichische Truppen an die Grenzen rücken. Da aber nach Beschluß der Tagsatzung die Kantonsregierungen angewiesen sind, die Zuführen von Kriegsbedarf nach den Kantonen, welche zum Widerstand gegen die Eidgenossenschaft rüsten, anzuhalten und bis auf weitere Verfügung zu bewahren, so hat nicht die Regierung von Tessin, sondern der Vorort über das österreichische Begehren — falls die Nachricht überhaupt wahr ist — zu entscheiden. — Die Regierung des Kantons Aargau hat die Maßregeln von Baden in Betreff des Verbots der Kartoffelausfuhr und der Erschwerung der Ausfuhr von Getreide, Mehl und Hülsenfrüchten, mit gleichen Anordnungen erwidert.

Vom Rhein, 3. October. Die Meinungen sind getheilt über die Frage, ob die Preise der Lebensmittel sich auf einer für die Masse des Volkes drückenden Höhe erhalten, oder auf einen Stand herabgehen werden, welcher außerordentliche Maßregeln zur Hülfe und Unterstützung entbehrlich macht. Die Einen glauben, daß die Besorgnisse vor einer dauernden und steigenden Theuerung unbegründet seien, weil die Getreideernte, namentlich von Korn (Roggen), dem hauptsächlichsten Brodstoff in Deutschland, überall reichlich ausgefallen, die Kartoffel, ungeachtet der Krankheit, immer noch einen guten Ertrag versprechen, das Obst in Uebersülle gerathen sei und die einmal geöffneten Wege der Zufuhr von fernem Ländern in der nächsten Zukunft nicht verstopfen werden. Andere dagegen sehen die Verhältnisse nicht in so heiterem Lichte. Sie erwägen, daß die alten Vorräthe aufgezehrt waren und daher ersetzt werden müssen aus einem Theil der Ernte, der mindestens in so lange dem Verkehr entzogen bleibt, bis das Ergebnis der nächsten Ernte mit Zuverlässigkeit zu beurtheilen ist; daß der genießbare Theil des Ertrags an Kartoffeln noch keineswegs zu bemessen und daß noch ungewiß ist, ob die vom Felde als gesund heimgebrachten sich in den Kellern halten werden; daß endlich auch die Fleischpreise jetzt schon höher stehen, als im vorigen Jahre, theils weil der verminderte Viehstand der Ergänzung bedarf, theils weil die Ausfuhr nach England durch die Ermäßigung der dortigen Eingangszölle zugenommen hat. Dazu kommt noch die Betrachtung, daß eine fortwährende Theuerung, wenn sie auch die Höhe vom April, Mai und Juni nicht erreicht, doch für Hunderttausende schwerer zu ertragen wäre, weil die Hülfsquellen, auf welche sie damals greifen konnten, jetzt erschöpft sind. Bei dieser Ungewißheit kann wenigstens Vorsicht nicht schaden, und es wäre ihre Vernachlässigung um so unverzeihlicher, als das Beispiel vom letzten Jahre noch warnend vor unsern Augen steht. Regierungen, Gemeinden und Einzelne sind nicht nur zum Nachdenken, sondern auch zum Handeln dringend aufgefordert, um zu sorgen, daß geschehe, was zur Versorgung mit Lebensmitteln zu möglichst billigen Preisen, und daß unterbleibe, was zur Erregung unbegründeter Furcht und folgeweise zur künstlichen Steigerung der Preise führt.

Die südwestlichen Glieder des Zollvereins haben das Verbot der Kartoffelausfuhr, so wie einen Theil des Ausgangszolls auf Getreide und Mehl bestehen lassen; sie haben also diejenigen Maßregeln beibehalten, welche das Ergebnis der Ernte möglichst im Lande halten sollen. Die Vortheile solcher Anordnungen, welche die freie Bewegung des Handels beeinträchtigen, sind mehr als zweifelhaft; es hat sich gezeigt, daß die Absicht, billigere Preise dadurch zu erzielen, nicht erreicht worden ist. Dagegen ist der Nutzen derjenigen Anordnungen, welche die Zufuhr erleichtern, außer allem Zweifel. Es ist daher zu erwarten, daß die Frist für die zollfreie Einfuhr der wichtigsten Lebensmittel, namentlich auch für Reis, noch länger, und zwar bis zur nächsten Ernte, werde erstreckt werden; die Befreiung von dem überlästigen Rheinoctroi ist unter diesen Umständen ein gerechtes Begehren. Vor Allem aber ist es von Wichtigkeit, die Quellen der Beschäftigung der arbeitenden Klassen zu nähren und zu pflegen. Noch immer entbehren die Hauptzweige der deutschen Gewerbsthätigkeit des gebührenden Schutzes gegen die übermächtige Mitbewerbung der Britten; noch immer ist der Nationalstolz nicht so weit geweckt, daß er, selbst unter gleichen Verhältnissen der Güte und des Preises, dem einheimischen Erzeugnisse vor dem fremden den Vorzug gäbe. Das Kapital

wird dadurch von einer volkswirtschaftlich nützlichen Anlage abgehalten; der Kredit ist ein Vorrecht der Vielbesitzenden, und nur schwach sind noch die Anfänge einer Ausdehnung desselben auf den minder wohlhabenden Mittelstand durch die Handwerkerbanken; Handel und Industrie sind für ihren Geldbedarf einigen Geldfürsten hingegeben und erfreuen sich nicht der Hülfe größerer Kreditanstalten, welche die Eifersucht des Beamtenstaates nicht aufkommen läßt. Die freieren politischen Zustände endlich, die nothwendige Vorbedingung für eine gedeihliche Entfaltung des Unternehmungsgeistes und der Arbeitskraft, werden den Deutschen beharrlich vorenthalten. Das Wetterglas der Politik, die Börse, zeigt in dem Stande der Papiere auf „veränderlich“ und die Betrachtung der Weltlage stimmt damit überein. Von dieser Seite angesehen stellt sich die Zukunft noch bedrohlicher dar, als von dem socialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus.

Die Stadt- und Landgemeinden, welche vor wenigen Monaten größtentheils theuere Erfahrungen gemacht haben, werden gewiß wohl daran thun, wenn sie dieselben nicht verloren gehen lassen, sondern bei Zeit erwägen, was sie zu thun haben, falls die Preise der Lebensmittel die Kräfte vieler ihrer Angehörigen übersteigen, und die Gelegenheit zu Arbeitsverdienst geringer ist als die Nachfrage nach Beschäftigung. Es ist auch leicht möglich, daß der Handel in der nächsten Zukunft die Dienste nicht leisten werde, die ihm so viele Schmähungen und außerdem noch Verluste zugezogen haben, die z. B. in England manches Haus zu Fall gebracht. Die Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden sind sehr verschieden, es können daher die Mittel zur Abwehr der Noth und zur Sorge für Arbeit nicht überall die gleichen sein. Auch wird man sich vor übereilten Schritten, welche nur die Gemüther beunruhigen, zu hüten haben. Aber Vorbereitungen lassen sich treffen, z. B. Anlegung von Gemeindebadösen, die sich überall, wo sie bestanden, als zweckmäßig bewährt haben; Suppenanstalten und Aufmunterung zu Arbeits- und Unterstützungsvereinen, deren Thätigkeit man in dem letzten Jahre so Vieles zu verdanken hatte. Wer zur rechten Zeit das Seinige gethan, der kann den Dingen, die da kommen werden, getroßt entgegensehen.

Mannheim, 4. October. Die ersten Berichte über Wahlmännerwahlen kommen uns aus dem Bezirk Schwellingen zu, und deuten an, daß man dort hinter dem Beispiel, welches die heffischen Nachbarn geben, nicht zurückbleiben, sondern sich bestreben will, einen unabhängigen Bürger in die Kammer zu wählen. Die Stadt Schwellingen hat neben ihrem unvermeidlichen Bürgermeister 5 liberale Bürger zu Wahlmännern gewählt, nämlich die Herren Schuh, Seitz, Perpente, Traumann und Hassel. Daß Hr. Oberamtmann Dr. Fauth nicht unter dieser Zahl erscheint, sondern um 46 Stimmen hinter dem zuletzt Gewählten zurückblieb, ist nicht seine Schuld; die Bürger von Schwellingen sind zu der Einsicht gekommen, daß es besser ist, wenn sie selbst ihren Vertreter in die Kammer wählen, als wenn dies durch den Einfluß des Beamten geschieht. In Seddenheim wurden sechs, in Hohenheim ebenfalls sechs, in Reilingen zwei, in Redarau drei freisinnige Wahlmänner ernannt. Allein die Wahlen im Amt Schwellingen entscheiden nicht; nur wenn Philippsburg aus seiner bisherigen politischen Versunkenheit sich erhebe, wäre die Wahl eines selbstständigen Bürgers in diesem Bezirk

gestichert, was aber noch sehr zweifelhaft ist. — In Mannheim haben die Wahlbewegungen begonnen, und im Laufe der Woche wird die Wahlmännerwahl anfangen. Die „Bürger im engeren Sinne“ hatten gestern ihre zweite Versammlung, nachdem acht Tage vorher ihre erste kein Comité zu Stande bringen konnte, weil die meisten der Auserforenen sich für die Ehre bedankten, unter der Fahne der Herren Adrian, Verberich, Laurenzi und Consorten zu dienen. Den Bericht über jene erste Versammlung mußte die Abendzeitung vervollständigen, da die Unternehmer aus übergroßer Bescheidenheit in ihren Organen, dem Morgenblatt und Bürgerfreund, unterlassen hatten, die Namen der Redner und den wahren Hergang der Sache mitzutheilen. In der gestrigen zweiten Versammlung, wozu mehrere liberale Bürger durch einen eigenen Zufall Eintrittskarten erhalten hatten, soll endlich die Wahl eines Comité zu Stande gekommen sein; die Namen sind zur Zeit noch nicht bekannt; die Art und Weise, wie das Comité zu verfahren habe, wurde nicht besprochen; dagegen soll Hr. Adrian das Publikum durch seine Leidensgeschichte erbaut und tief gerührt haben. Er habe erzählt, heißt es, wie ihm die Spanner auf der Straße „Eisele und Beisele“ nachrufen; wie im Wirthshause, wenn er sich an einen Tisch setze, die Gäste aufstehen und einen andern Platz suchen u. s. w. — Wenn diese Selbstbekenntnisse den Patronen des Morgenblattes und des Bürgerfreundes nicht die Augen öffnen über die Achtung und den Einfluß, den ihre Werkzeuge genießen, so — mögen sie noch einige Tage Geduld haben; die Wahlmännerwahlen werden das Uebrige thun.

Den drolligen Schaustellungen der Bürger „im engeren Sinne“ folgte heute eine große Versammlung im Aulasaale, wozu 42 Bürger „alle Urwähler, ohne Unterschied“ eingeladen hatten. Der große Saal war ganz angefüllt; über achthundert Männer waren der Einladung gefolgt, darunter der eigentliche Kern der Bürgerschaft. Auf den Vorschlag des Herrn H. Rös wählte die Versammlung durch Zuzuf den Herrn v. Isstein zum Vorsitzenden. Er sprach zunächst die Ueberzeugung aus, daß die Bürger Mannheims, wenn auch in noch so großer Zahl versammelt, die Ruhe und Würde, dann aber auch die Gefinnung und die Einigkeit bewahren werden, durch welche sie bei jedem Anlaß ein so schönes Zeugnis ihrer politischen Bildung und Reife ablegen. Er hob die Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen heraus, für die Angelegenheiten des Volkes und die Stellung, welche die badische Kammer seit einer Reihe von Jahren ehrenvoll behauptet, die sie jetzt nicht aufgeben dürfe, wo durch ganz Europa das Streben nach Verbesserung der politischen und socialen Zustände mit erneuter Kraft sich kund gebe. Auf den Zweck der heutigen Versammlung übergehend, eröffnete er sodann, daß die Männer, von denen die Einladung ausgegangen, übereingekommen seien, einen Ausschuss von fünfzehn Mitgliedern vorzuschlagen, der sich vorzugsweise mit den Wahlen zu beschäftigen habe. Dieser Ausschuss werde die Wahlmänner für jeden Distrikt einer größeren Versammlung von Wählern dieses Distrikts vorschlagen, wobei jeder Urwähler Zutritt und Stimme habe. Die aus dieser Berathung hervorgehenden Männer sollen dann zur Erwählung empfohlen werden. Die ganze Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden; die einzelnen Mitglieder des Comité wurden verlesen und durch lauten Zuzuf gewählt. Es sind die H. H. Th. Eller, H. Rös, Fr. Löwenhaupt, Streuber; v. Isstein, v. Soiron, A. Wunder, G. Gerlach,

Ab. Nauen sen., H. Knippenberg, Bielefeld, H. Hellwig, Sebast. Jörger, K. Hoff und Sönker. An die Stelle des Letzteren, der wegen Verhinderung durch sein Geschäft ablehnte, wurde H. Advokat Eller gewählt. Nachdem hiermit der Zweck der Versammlung erreicht war, nahm K. Mathy das Wort. Er erinnerte an die letzten Ergänzungswahlen in den Bürgerschaften, die angefochten und vernichtet worden waren, weil der Grundsatz der Oeffentlichkeit nicht hinlänglich gewahrt gewesen sei. Man habe es bei der zweiten Wahl an Oeffentlichkeit nicht fehlen lassen, und das Ergebnis war eine größere Einstimmigkeit. Allein gerade Diejenigen, welche damals die Wahl wegen angeblicher Heimlichkeit angefochten, scheuen jetzt die von ihnen gepriesene Oeffentlichkeit, verbergen sich hinter Einlasskarten und den Schutz verkleideter Polizeiagenten. Eine Sache, die solche Wege wandle, könne keine gute sein. Die Mehrzahl der Bürger dagegen, unter ihnen Diejenigen, welche die Einladung ergehen ließen, hätten sich die Lehre von der Oeffentlichkeit gemerkt. Sie würden dieselbe schon früher angewendet haben, allein sie mußten, wie die Erfahrung gelehrt, der Hindernisse und Verbote gewärtig sein, die jetzt erst weggefallen, nachdem von der Seite, wo man den Schein, aber nicht das Wesen wollte, die Oeffentlichkeit empfohlen und sogar geboten worden sei. Sie biete allerdings das beste Mittel, um das zu erreichen, was wir Alle wollen, nämlich daß die Wahlen der Ausdruck des wahren Willens der Mehrheit sein sollen. Durch die Beschlüsse der Versammlung aber sei Jedem der Weg zur Theilnahme an den Vorbereitungen für die Wahlmännerwahlen gebahnt. Nachdem der Redner noch, an den Vortrag des Präsidenten anknüpfend, die Bedeutung der Wahlen hervorgehoben, wendete er sich zu der Frage, welche Abgeordnete daraus hervorgehen sollten. Er hoffe, die Wahlmänner werden den früheren Abgeordneten Brentano, der sich in jeder Hinsicht als ausgezeichnetes Mitglied der Stände bewährt habe, wieder in die Kammer senden (Beifall); daß an die zweite Stelle ein hiesiger Bürger vom Handels- oder Gewerbestande gewählt werden möge, sei wohl der allgemeine Wunsch. Wenn sich ein Bürger finde, der neben der Gesinnung und den Eigenschaften, die ihn zum Vertreter der Stadt befähigen, auch die Bereitwilligkeit habe, die Opfer an Zeit und Geld zu bringen, welche mit längerer Entfernung von seinem Geschäfte verbunden sind, so sei zu erwarten, daß ihm die Wahlmänner den Vorzug geben. Allein es wäre gefehlt, wollte man unter allen Umständen ausschließlich nur Mannheimer wählen. Dann könnte das Land erwidern: wenn ihr keinen Auswärtigen mehr wählen wollt, so nehmen wir keinen Mannheimer mehr. Jetzt habe das Land sechs Mannheimer in die Kammer gewählt, bei dem Grundsatz einer engherzigen Ausschließung würde also die Stadt in jedem Falle zu kurz kommen. Schließlich forderte der Redner alle Anwesenden auf, daß Jeder nach Kräften bei den Wahlen mitwirken möge, damit dieselben werden, was sie sein sollen: der wahre Ausdruck der Gefinnung der Bürger von Mannheim.

Der Präsident v. Isstein schloß hierauf die Versammlung mit einigen passenden Worten, womit er zugleich den Bürgern ans Herz legte, trotz der Spaltungsversuche die Einigkeit, das erste Erfordernis eines erfolgreichen Wirkens, zu bewahren. Und in der That, auch die heutige Versammlung, wie alle die in der letzten Zeit stattgefundenen, hat abermals bewiesen, daß die Rückschrittpartei trotz ihrer Bemühungen, zu

theilen, um herrschen zu können — keinen Zoll breit Boden in Mannheim gewonnen hat. —

Verschiedenes.

— In Hamburg sind acht Schreinermeister zur Anlegung einer gemeinsamen Werkstatt zusammengetreten. Die Betreibung der Gewerbe durch vereinte Kräfte ist in dem Statut der freien Innung vorzüglich für Holz- und Metallarbeiter empfohlen worden. — Der Hamburger Senat hat nun den Bundesbeschluss vom 6. August 1846 gegen communistische Vereine nachträglich veröffentlicht. Die Staatsweisheit wird doch nicht Gewerbsleute, welche ihre gedrückte Lage durch Vereinigung ihrer Mittel und Kräfte zu bessern suchen, als Hochverräther behandeln! —

— Die Oder hat in diesem Jahre schon drei Mal durch Ueberschwemmung große Verheerungen angerichtet; das Strombett verlandet und die Schifffahrt ist gehemmt. Die Herstellung der nöthigen Wasserbauten, um die Ueberschwemmungen zu verhindern und die Schifffahrt zu erleichtern, würde 8 Millionen Thaler kosten; gerade so viel soll auf den Dombau in Berlin verwendet werden; aber die Bitten der unglücklichen Bewohner des Obergebietes bleiben unbeachtet.

— In Neapel ist ein russischer Gesandter angekommen; die französische Flotte hält sich fortwährend in der Nähe; eine Intervention, wie in Portugal, könnte unter Umständen eintreten.

— In Schleswig und sogar in Altona ist der Geburtstag des Dänenkönigs, der 18. September, in tiefer Ruhe und Stille begangen worden. — Musiker, Sänger und „andere derartige Landstreicher“ aus dem Auslande erhalten keine Pässe nach den dänischen Landen; sie singen nämlich: „Schleswig-Holstein meerrumschlungen“.

— Hieronymus Bonaparte, ehemals König von Westphalen, gegenwärtig Privatmann in Brüssel, hat, wie es heißt, die Erlaubnis zur Rückkehr nach Frankreich erhalten und wird nach Paris reisen.

— Nach der Bremer Zeitung soll der deutsche Postcongress nun doch am 15. October in Dresden sich versammeln. Die englische Ober-Postbehörde hat ein Rundschreiben an alle ausländischen Postverwaltungen erlassen, um gemeinschaftlich für alle Länder ein wohlfeiles Priesporto einzuführen.

— Die Deutschkatholiken in Stockach haben bei der Behörde die Erlaubnis nachgesucht, eine Kirche bauen zu dürfen.

— A. Stadman, preussischer Abgeordneter, hat in einer Druckschrift „Beitrag zum Staatsrecht der Herzogthümer am Rhein“ nachgewiesen, daß die Rheinländer niemals ein geringeres Maß von persönlicher Freiheit und körperlicher Be- rechtigung genossen haben, als seit der Wiedervereinigung mit dem großen, deutschen Vaterlande nach kurzer Fremdherrschaft. Diese geschichtliche Nachweisung ist die Antwort auf die Behauptung der Minister, daß der Grundsatz einer freien Verfassung und wahren Volksvertretung dem „Geist und Wesen deutscher Verfassung widerspreche.“

— Der Primas von Ungarn, Erzbischof von Gran, ist am 18. September gestorben. Die Regierung darf die Stelle sieben Jahre lang unbesezt lassen; während dieser Zeit fallen die Einkünfte mit jährlichen 7 bis 800,000 fl. in die Staats-casse.

— In Paris ist eine persische Gesandtschaft angekommen,

und hat dem König der Franzosen den Sonnen- und Löwenorden überbracht. Der Erzbischof von Paris hat Gebete für das Gelingen der von dem Papste unternommenen Verbesserungen angeordnet, und sagt in dem Hirtenbriefe, die Kirche sei zwar gegen gewaltsame Aenderungen, gebe aber allen Erweiterungen der Volksfreiheit, die von der Staatsgewalt selbst ausgehen, ihren Beifall (die Julirevolution macht eine Ausnahme; sie war gewaltsam, hat aber der Volksfreiheit nicht viel genützt.)

— An den Verhandlungen über Einführung eines gemeinsamen deutschen Wechselrechtes wird auch die sächsische Regierung Theil nehmen und sich dabei des Beirathes practischer Geschäftsmänner bedienen. — Der Anfang einer Medicinalreform ist in Sachsen durch eine Verordnung gemacht worden, wonach die Barbierkunst als ein gewöhnliches Gewerbe behandelt und nicht mehr als Vorübung zur Chirurgie angesehen wird.

— In Lyon ist eine geistliche Erziehungsanstalt für Mädchen aufgehoben worden, worin der religiöse Sinn der weiblichen Jugend mit Hülfe von Teufels- und Geistererscheinungen ausgebildet wurde.

— In einem Bezirke der englischen Baumwollenindustrie, zu Moxley, haben die Fabrikanten eine Verminderung des Arbeitslohnes um ein Zehntel angekündigt. Die Arbeiter des Ortes und der Gegend versammelten sich und beschloffen, die Geschäfte in den Fabriken für einige Zeit gänzlich einzustellen. Die Fabrikanten werden sich in Manchester versammeln, um zu berathen, was zu thun sei. Gif Spinnersereien stehen still, über 1500 Arbeiter sind ohne Beschäftigung, die Noth ist groß, und die Unzufriedenheit nimmt zu.

— In Portugal ist die Zahl der Beamten bedeutend vermindert und dabei verfügt worden, daß die Ernennungen nicht nach Parteirücksichten, sondern nach der Fähigkeit und Tüchtigkeit geschehen sollen.

— Advokat von Ste mann in Segeberg (Schleswig) hat gegen den Kammerherrn und Amtmann von Rosen daselbst, dessen Eifer für die dänischen Interessen bekannt ist, wegen pflichtwidriger Annahme von Geschenken und Gaben Klage erhoben. Es sollen an 60 Fälle dieser Art bezeichnet sein.

— Der deutsche Zuschauer begründet in einer sehr gediegenen Mittheilung den Verdacht, daß die Gräfin v. Görlich, welche unlängst in Darmstadt verbrannt gefunden wurde, gewaltsam ermordet worden sei. Der Stadtgerichtsassessor Purgold hatte 26 Punkte voll gewichtiger Anzeigen aufgestellt und bei dem Hofgerichte eine schleunige Untersuchung beantragt. Dieses aber hatte in geheimer Sitzung die Untersuchung abgelehnt. Der Verdacht ruht auf dem Grafen v. Görlich.

— In Oberhessen werden neue beträchtliche Auswanderungen nach Texas, Wisconsin und anderen Gebieten der Vereinigten Staaten vorbereitet. Selbst ältere Leute fangen noch an, englisch zu lernen, weil die Kenntniß der Landessprache das Fortkommen der Deutschen in Amerika erleichtert.

— Vicar Kollfuß, welcher Mädchen aus Baden in ein Haus im Kanton Schwyz, das er „Kloster Steinenberg“ taufte, gelockt, wo er durch Erbschleicherei ihr Vermögen an sich zu bringen suchte, während die Unglücklichen hinwelkten und zum Theil starben, ist in Untersuchung genommen.

Unter Verantwortlichkeit der Verlags-Handlung.